

# Basel sträubt sich gegen Bundesgelder

Nationalstrassennetz Gundelitunnel soll weiter auf Eis gelegt werden. Basel-Stadt spielt den Ball an Baselland weiter

VON DANIEL BALLMER

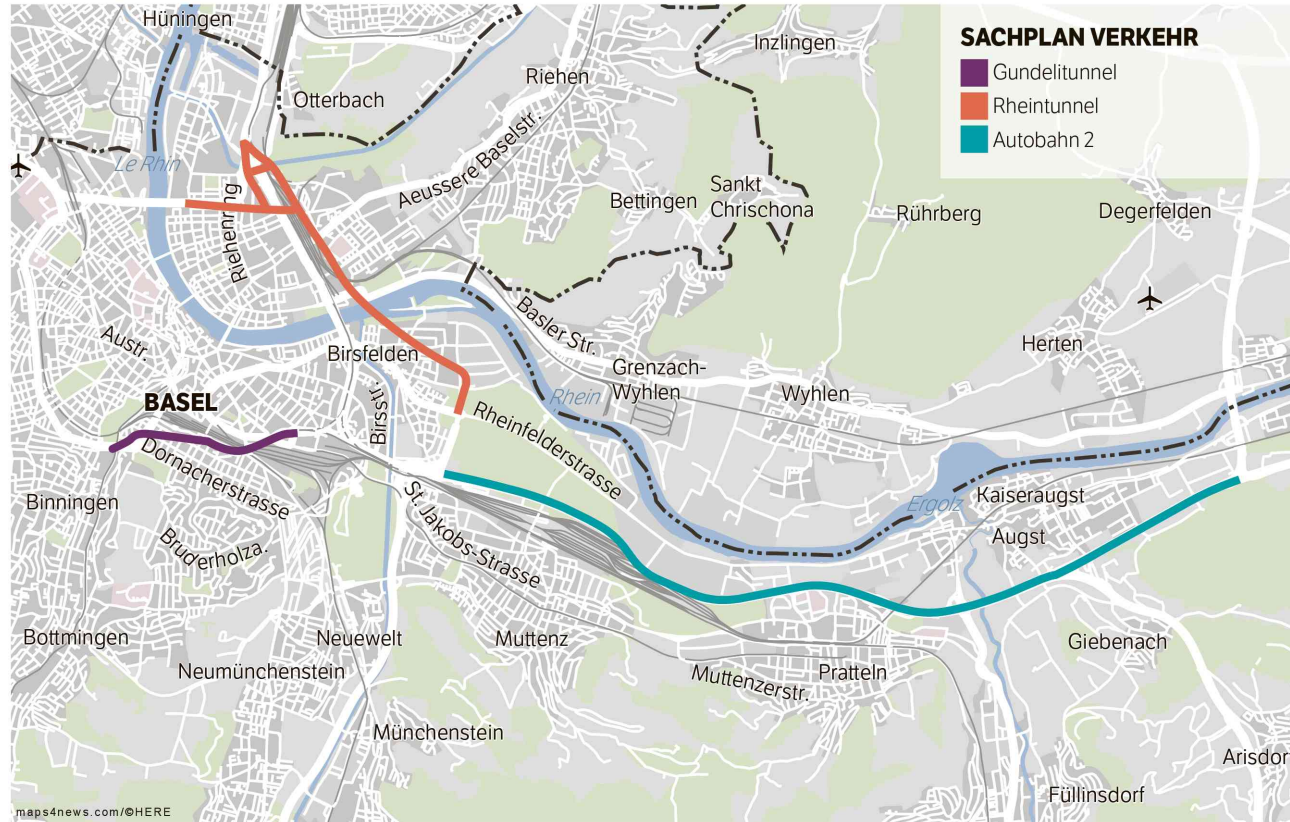
Das erleben die Bundesbehörden auch nicht allzu oft. Normalerweise reissen sich die Kantone um Subventionsgelder. Hier will Bern den Grossteil der Kosten für den Gundelitunnel übernehmen – aber Basel-Stadt sträubt sich dagegen. Nun reisst dem Bund allmählich der Geduldsfaden. Die Basler sollen endlich Nägel mit Köpfen machen.

Mit der Vernehmlassung zum Sachplan Verkehr hat der Bund begonnen, Druck zu machen. Die Vorlage soll sicherstellen, dass räumliche Entwicklung und geplante Verkehrsprojekte aufeinander angepasst sind. «Der Bund wahrt damit nationale Interessen und hält sich Optionen für die Weiterentwicklung der Nationalstrasseninfrastruktur offen», schreiben die Bundesbehörden. Es ist erklärtes Ziel des Bundes, das Nationalstrassennetz endgültig fertigzustellen. Dazu fehlen nur noch wenige Strassenabschnitte wie etwa die A9 im Oberwallis, die A16 Transjurane – oder eben der Basler Gundelitunnel.

## Nationales Interesse

Im Grundsatz begrüsst die Basler Regierung den Entwurf des Bundes. Erfreulicherweise seien die für den Kanton relevanten Projekte aufgeführt, schreibt sie in ihrer gestern veröffentlichten Vernehmlassungsantwort. So sei der Rheintunnel möglichst rasch zu realisieren. Zudem wünscht sich Basel-Stadt in Absprache mit Baselland, dass der Bund zusätzlich den Zubringer Bachgraben in den Sachplan aufnimmt.

Beim Gundelitunnel aber tritt die Basler Regierung auf die Bremse – einmal mehr. Hans-Peter Wessels hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er wenig hält von den Plänen für einen Gundelitunnel.



Im Gegensatz zum Rheintunnel, der dereinst ebenfalls Basler Wohngebiete vom Verkehr entlasten soll, bleibt der Gundelitunnel umstritten. Die Basler Behörden zweifeln seinen Nutzen an.

nel. Seit Jahrzehnten liegt das Projekt bereits auf Eis. Und geht es nach dem Basler Baudirektor, wird sich daran so rasch nichts ändern. Wiederholt hatte er erklärt, dass der Tunnel das Gundelingerquartier kaum entlaste – zumal im Baslerbiet die Anschlussmöglichkeiten an die Autobahn A2 fehlten. Und nachdem Baselland Ende 2015 die sogenannte Elba-Vorlage inklusive der stadtnahen Tangente mit den Tunneln Allschwil und Binningen verworfen hatte,

erklärte Wessels sogleich, dass nun der Gundelitunnel für Basel-Stadt keine Rolle mehr spiele.

Beim Bundesamt für Strassen (Astra) sieht man das ganz anders. Der Bund habe ein Interesse am Gundelitunnel, hat Astra-Sprecher Thomas Rohrbach bereits beim Vernehmlassungsstart klar gestellt. «Aus unserer Sicht hätte er positive Wirkung auf die Verkehrsströme.» Heute wird der Verkehr von der A2 grösstenteils über die Nauenstrasse und

den Centralbahnplatz Richtung Westen geführt. Das Gundelinger Quartier werde so stark belastet, was die Weiterentwicklung des ÖV im Gebiet Bahnhof, Gundeli und Dreispitz behindere. Der rund zwei Kilometer lange Stadttunnel soll daher das Quartier unterqueren und beim Zolli wieder auftauchen. So werde das Quartier entlastet, und der ÖV könne weiter entwickelt werden.

Schon länger liegt ein Beschluss des Bundesparlaments für das 600-Millio-

nen-Projekt vor. Geplant ist, dass Basel-Stadt 200 Millionen Franken zahlt. Der Bund würde sich mit rund 400 Millionen an den Baukosten beteiligen und dann für Betrieb und Unterhalt aufkommen. Nun läge es an Basel-Stadt, ein generelles Bauprojekt zu erarbeiten. Rohrbach: «Wir warten darauf und wären froh, wenn Basel-Stadt mal einen Grundsatzentscheid fällen würde.»

## Kanton will kein Risiko eingehen

Das wird aber noch länger dauern, stellt Roger Reinauer klar. Für die Basler Regierung sei offensichtlich, dass der Gundelitunnel wenig bringe, solange Baselland die stadtnahe Tangente als Verlängerung nicht baut, erklärt der Leiter des Basler Tiefbauamts. Damit spielt die Basler Regierung den Ball an den Nachbarkanton weiter. Die Baslerbieter Regierung will am Projekt zwar festhalten, hatte nach dem Nein zu Elba aber signalisiert, dass sie rund fünf Jahre benötige, um es neu aufzuarbeiten. Basel-Stadt seinerseits will erst verbindliche Zusagen, ehe der Gundelitunnel weiter angegangen werde. Denn ab jetzt werde es teuer: Für das Vorprojekt rechnet Basel-Stadt mit Kosten von rund 15 Millionen Franken. Reinauer: «Wir wollen nicht riskieren, so viel Geld in den Sand zu setzen.»

Auch in Basel passt das nicht allen. Die Handelskammer beider Basel oder der TCS würden den Bau des Gundelitunnels gerne forcieren. Ganz anders die Basler Regierung: Sollte Baselland die Tangente tatsächlich nicht erstellen, will sie sogar ganz auf das Projekt verzichten – und damit auf Hunderte Millionen aus Bundeskassen. Das ist grundsätzlich möglich. Der Netzbeschluss des Bundes könnte entsprechend angepasst werden. In den letzten 50 Jahren aber ist es nur zweimal soweit gekommen.

## Der Kanton soll die Basler Hauptpost retten

Mehr Publikumsverkehr Basel-Stadt soll Verwaltungsabteilungen oder staatsnahe Betriebe im Gebäude platzieren, fordert die LDP.

VON DANIEL BALLMER

Kantonsangestellte könnten in der Schalterhalle der Basler Hauptpost Auskünfte zu Steuerfragen erteilen. Oder zum Bewilligungswesen. Oder zu Zivilstandsfragen. Auch ein SBB-Schalter könnte dort untergebracht werden oder eine BVB-Verkaufsstelle. Ebenso wäre eine Anlaufstelle von Basel Tourismus denkbar. Die Basler LDP sucht nach verschiedenen Möglichkeiten, um die Basler Hauptpost zu retten.

Im November hatte der Postkonzern angekündigt, die Filiale schliessen zu wollen. Die Kundenfrequenzen seien zu gering, die Mietkosten zu hoch. Um wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen, will der Gelbe Riese bis 2020 schweizweit gegen 600 Poststellen dichtmachen. Der Widerstand dagegen ist gross. Auch in Basel folgte ein Aufschrei, worauf die Post eine Galgenfrist bis 2020 gewährte. Danach hängt eine Weiterführung davon ab, ob die Wirtschaftlichkeit deutlich verbessert werden kann. Genau hier will die Basler LDP ansetzen. Es brauche Ideen, die mehr Leute in das Gebäude bringen und so den Umsatz der Post erhöhen.

Per Vorstoss fordert die Partei die Regierung auf zu prüfen, ob und welche Institutionen des Kantons oder nahe stehende und publikumsintensive Einrichtungen des Service public in der Hauptpost platziert werden könnten. «Falls die Möglichkeit besteht, einfache Aufgaben vor Ort gleich zu erledigen, würde das die Attraktivität der Haupt-

post steigern», zeigt sich Grossrat Raoul Furlano in seinem Vorstoss überzeugt.

Ziel ist und bleibt es, die Hauptpost als «wichtige Institution im Stadtzentrum» zu erhalten. Gleichzeitig aber will die bürgerliche Partei dem Kanton keine Zusatzkosten aufbürden. Es gehe nicht darum, neue Mitarbeiter einzustellen, betont die LDP. Vielmehr sollen bereits heute Angestellte Auskünfte direkt vor Ort statt per Telefon erteilen.

## Offene Türen eingerannt

Das Anliegen renne grundsätzlich offene Türen ein, sagt der zuständige Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin. Zwar habe die Regierung den Vorstoss noch nicht beraten, er selber finde das aber ein interessantes Szenario, das sicher prüfenswert sei. Das Wirtschaftsdepartement habe sich schon ähnliche Gedanken gemacht, sagt SP-Regierungsrat Brutschin. «Schliess-

lich haben auch wir weiter ein Interesse daran, dass die Hauptpost offenbleibt.» Die Zeit aber drängt. Sollte die Idee weiterverfolgt werden, müsse man das Thema sicher bis Ende Jahr an die Hand nehmen, «ansonsten müssen wir uns irgendwann in das Schicksal fügen».

So weit ist es aber noch lange nicht. Die LDP ist überzeugt, dass mit der Umsetzung ihrer Idee das Ziel der Post zu erreichen sei, mehr Kunden zu gewinnen. Denn der Besuch einer Informationsstelle in der Hauptpost dürfte auch zur Nutzung der Dienstleistungen der Post führen. Gleichzeitig würde für die Post der Mietpreis sinken, weil sich dieser auf verschiedene Mieter verteilen würde. «Der Kanton könnte damit seine Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit verbessern», betont die LDP-Fraktion. Denn damit sei das Ziel vermutlich zu erreichen: diese «wichtige Institution im Stadtzentrum» zu erhalten.



Die Zeit drängt: Der Basler Hauptpost droht das baldige Aus.

PEDRO SCHÖN

## Riehen

### Kritik an festfreudiger Gemeinde

Die Riehener Gemeindeverwaltung erhält zwar Geld von einer Sachkommission des Einwohnerrates, erntet aber auch gehörig Kritik. Die Gemeinde hatte für ihre Abteilung Öffentlichkeitsarbeit einen Nachkredit von 258 000 Franken beantragt. Die Sachkommission «Publikumsdienste, Behörden und Finanzen stimmt dem nun ihm ihrem Bericht zu. Sie schreibt aber auch, sie habe erwogen diesen Nachtragskredit und auch die übrigen Begehren des Gemeinderates in der Höhe von insgesamt 659 000 Franken zurückzuweisen. Dies, um mehr Ausgabendisziplin einzufordern.

## Teure Feiern

Die Steigerung der Kosten in der Öffentlichkeitsarbeit sei zum Teil verständlich begründet, so der Bericht

weiter. Baustellen und die Neugestaltung des Dorfszentrum hätten einen höheren Kommunikationsbedarf ausgelöst, um die Bevölkerung gut zu informieren.

Kritik übt die Kommission aber an der Art und Weise, mit der immer mehr Events und Feste von der Gemeindeverwaltung organisiert würden, und dies unter entsprechender Kostenfolge. Früher sei diese Aufgabe von der Dorfbevölkerung in Gestalt ihrer Vereine wahrgenommen worden. Einige der Anlässe wie etwa die Bundesfeier und die Regiomesse seien mittlerweile doppelt so teuer wie früher, als sie noch von privater Hand organisiert wurden. Es sei hier dringend «mehr Kostensensibilität» notwendig. So aber entstehe der Eindruck einer «zu geringen Kostensensibilität». (DRE)

## Pharmaindustrie

### Millionen-Dollar-Regen für Basilea von US-Forschungsbehörde

Das Basler Biopharma-Unternehmen Basilea erhält von der US-Behörde BARDA (Biomedical Advanced Research and Development Authority) zusätzliche 54,8 Millionen Dollar für die Finanzierung des Phase-III-Programms mit Cefotibiprol.

Die Abteilung des US-Gesundheitsministeriums habe im Rahmen der bestehenden Vereinbarung mit Basilea zwei weitere Vertragsoptionen ausgeübt, teilte das Unternehmen gestern Dienstag mit. So erhält das Biopharma-Unternehmen demnach die zusätzliche Summe. Das gesamte Vertragsvolumen beläuft sich potenziell auf bis zu rund 108 Millionen Dollar und ermöglicht Basilea die Durchführung von zwei klinischen Phase-III-Programmen. In den Studien soll das Antibiotikum Cefotibiprol bei

der Behandlung von Blutbahninfektionen sowie akuten bakteriellen Haut- und Hautstrukturinfektionen getestet werden. Diese sich wechselseitig unterstützenden Studien seien Teil des Phase-III-Programms, mit dem eine Marktzulassung von Cefotibiprol in den USA angestrebt werde. Die Zusammenarbeit mit der US-Behörde hatte Basilea bereits im Frühjahr 2016 bekannt gegeben. Zu diesem Zeitpunkt hatte BARDA zunächst 20 Millionen Dollar über einen Zeitraum von 18 Monaten zur Verfügung gestellt. Das volle Vertragsvolumen von etwas mehr als 100 Millionen Dollar kann erreicht werden, wenn Basilea bestimmte vordefinierte Meilensteine erreicht. Die Aktien von Basilea stiegen nach der Bekanntgabe um 6 Prozent auf 78,60 Franken. (SDA)